



Die Integrationsdebatte – ein rassistischer Blumenstrauß

Das Thema Integration ist wieder in aller Munde. Die Integrationsdebatte hat sich mit dem Buch von Thilo Sarrazin zusätzlich intensiviert – das Buch läuft sogar unter der Rubrik 'Sachbuch'. Diskurse über das Thema Integration sind jedoch alles andere als neu, hier sei nur auf die Kreuzifix- und Kopftuchdebatte der letzten Jahren verwiesen. Also: alter Wein in neuen Schläuchen?

Wenn um Integration gestritten wird, geht es um Migration und gesellschaftliche Folgen von Einwanderung. Vor allem geht es in der Debatte darum, in welcher Gesellschaft wir leben wollen. Denn hinter den verschiedenen Positionen stehen gegensätzliche Vorstellungen von Gesellschaft und Demokratie – die Integrationsdebatte ist somit ein Selbstverständnisdiskurs. Der Begriff 'Integration' selbst ist dabei schon ein Problem. Denn er wird für völlig unterschiedliche gesellschaftliche Idealbilder verwendet. So kann Integration als Prozess verstanden werden, in dem sich 'etwas' in ein größeres Ganzes eingliedert. Das Ganze kann dennoch als heterogenes Ganzes gedacht werden, wobei die einzelnen Teile als solche erkennbar bleiben. In den bisherigen Integrationsdebatten sind jedoch die Stimmen am lautesten, die effektiv eine Assimilation fordern, aber von Integration reden. Hier wird die Gesellschaft als homogene Einheit gesehen und 'integriert' ist, wer seine 'andersartige Herkunft' in seinem Verhalten abgestreift hat und nicht als 'anders' wahr genommen wird – nur Assimilation hört sich nicht so freundlich und auch nicht so demokratisch an. Aber selbst bei der ersten Variante bleibt zu fragen: wer entscheidet, anhand welcher Faktoren und welcher Legitimation, wer 'integriert' ist? Was macht 'integriert-sein' aus? Sprache? Glauben? Sitten? Einstellungen? Verhalten? Essgewohnheiten? 'Nicht-Fremd-Aussehen'? Warum wird Integration und die damit verbundenen Forderungen überhaupt auf nicht-ethnisch Deutsche beschränkt? Ist ein ethnisch-deutscher Intensivstraftäter integriert und muss nur noch re-sozialisiert werden?

Also, Integrationsdebatte und die Problematisierung von Migration: Es ist notwendig, zunächst ein paar Fakten zu benennen, denn Integration ist kein Wunschkonzert!

Bis zum späten 19. Jahrhundert war Deutschland ein Auswanderungsland, erst danach ist Deutschland zu einem Einwanderungsland geworden. Seit den 1950er Jahren bis Anfang der 1970er hat Deutschland aktiv um Einwanderung aus der europäischen Peripherie geworben, um dem Arbeitskräftemangel entgegen zu wirken. Nach dem Anwerbestopp 1973 stieg die Zahl der Einwanderer dennoch weiter - durch den Familiennachzug. Nach der deutschen Einheit wurde das Asylrecht durch zwei Gesetzesänderungen ausgehöhlt. Mit der Drittstaatenregelung wurde die Möglichkeit, legal nach Deutschland zu kommen, sehr stark eingeschränkt.

In den letzten Jahren wanderten mehr Menschen aus Deutschland aus als einwanderten. Die Bevölkerung in Deutschland zählt derzeit 82,1 Mio. EinwohnerInnen(1). Die Bevölkerung schrumpft kontinuierlich aufgrund der niedrigen Geburtenrate. 2008 belief sich die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund (2) auf 15,6 Mio. Das sind knapp 19% der Gesamtbevölkerung, wobei mehr als die Hälfte, 8,3 Mio., die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen – mit wachsendem Trend, aufgrund des neuen Staatsbürgerschaftsrechts. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund wird auch ohne Zuzug weiter steigen. Inzwischen haben 34,4% der Kinder unter fünf Jahren einen Migrationshintergrund.(3)

Welchen Sinngehalt hat vor diesem Hintergrund die Aussage „Multikulti ist tot“ - wie es Seehofer skandiert und Bundeskanzlerin Merkel reflexartig bestätigt? Ironischer Weise gibt sich Merkel dann auch noch 'empört', wenn sie von dem niederländischen Rechtsradikalen Geert Wilders für ihre Aussagen gelobt wird. Was soll denn die Alternative zu einer multi- bzw. interkulturellen Gesellschaft sein? Fakt ist, dass Deutschland eine interkulturelle (4) Gesellschaft ist. Die oben angeführten Zahlen machen sehr deutlich, dass auch ohne weitere Einwanderung sich daran nichts



ändern wird. Die Integrationsdebatte verengt sich auf 'die Muslime' bzw. 'die Türken' und 'die Araber' – hier werden ganze Gruppen stigmatisiert, die überhaupt als 'Gruppe' erstmal konstruiert werden. Der Fokus richtet sich vor allem auf die angebliche 'Integrationsunwilligkeit', wobei fehlende Schulabschlüsse, Arbeitslosigkeit etc. zunehmend mit den 'traditionellen patriarchalischen' Familienstrukturen erklärt werden. Damit werden eine verfehlte Integrationspolitik kaschiert und gesellschaftliche Probleme individualisiert und gleichzeitig ethnisiert. Des Weiteren werden Feindbilder kreiert, um von der schlechten aktuellen Regierungspolitik abzulenken und die Frustrationen und Verunsicherungen in der Bevölkerung durch die Finanzkrise zu kanalisieren. Die Tendenz der derzeitigen Integrationsdebatte lässt sich wie folgt zusammenfassen: doppelte Marginalisierung. Zunächst werden die Zugewanderten strukturell ausgegrenzt. Die Folgen dieser Ausgrenzung werden sodann den Ausgegrenzten selbst als eigene Defizite angelastet. Damit entzieht sich die Aufnahmegesellschaft ihrer eigenen Verantwortung, kann sich als tolerant selbst beweihräuchern, und sich obendrein noch als Opfer ihrer eigenen Toleranz sehen. Verwiesen sei in diesem Kontext auf den Diskussionsstrang, dass nun auch noch 'die Deutschen' offen als 'Scheiss-Deutsche' von 'Ausländern' beschimpft werden. Die Stimmung: am Besten ausweisen, denn sie haben ja ihr Gastrecht missbraucht - das darf man sich nicht gefallen lassen! Es ist symptomatisch, dass die Protagonisten der 'deutschen Leitkultur' – was immer das auch inhaltlich bedeuten mag – nicht auf die Idee kommen, dass es irgendwann aus dem 'Alltagswald' zurück schallt, wenn man entsprechendes ständig rein ruft...

Die derzeitige Integrationsdebatte offenbart und verstärkt antidemokratische und (kultur-)rassistische (5) Tendenzen in der deutschen Gesellschaft. Aussagen von Spitzenpolitikern wie Seehofer, dass die Einwanderung von Menschen – auch Fachkräfte - aus muslimischen und arabischen Ländern nicht erwünscht sei, weil sie kulturell so andersartig seien, sind nicht nur rassistisch und gegen das Gleichheitsgrundsatz gerichtet. Von Spitzenpolitikern und unseren so sehr geschätzten 'Eliten' ventiliert, bewirken sie eine Enttabuisierung und machen so rassistische Äußerungen gegenüber Muslimen salonfähig – und verstärken damit rassistische Grundeinstellungen in der Bevölkerung. Gleichzeitig reagieren die Damen und Herren empört, wenn ihnen rassistische Argumentation vorgeworfen wird. Um solche Anschuldigungen vermeintlich besser als Diffamierung von sich weisen zu können, haben unsere so genannten Konservativen neuerdings neben dem christlichen Unterbau des Abendlandes auch die jüdischen Wurzeln 'wieder entdeckt' – ein Schelm, wer dabei Böses denkt! Nach dem Motto: „Erweitern wir das Abendland schnell noch um die jüdischen Wurzeln, kann uns niemand Rassismus vorwerfen.“ Dass antidemokratische und rassistische Grundeinstellungen in Deutschland besorgniserregend angestiegen sind, wird auch von der neuen von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebenen Studie Krise der Mitte belegt. Demnach würden z.B. fast 60% der Deutschen dafür stimmen, dass die muslimische Religionsausübung in Deutschland eingeschränkt werden sollte. Angemerkt sei auch, dass die Studie bestätigt, dass rechtsradikale Einstellungen eben kein Randphänomen sind, sondern dass die Demokratie gerade aus der 'Mitte' der Gesellschaft heraus bedroht ist. Diejenigen, die für sich in Anspruch nehmen, 'die Mitte' zu repräsentieren, versuchen durch den Begriff 'Extremismus', wobei strategisch 'links' und 'rechts' als 'wesensgleich' zusammengewürfelt wird, die diskursive Oberhand zu gewinnen.

Es lässt sich auch fragen, wer hier eigentlich (re-)integriert werden muss, um zurück zu finden auf den Boden unseres Grundgesetzes. Hier steht nichts geringeres als wesentliche Grundpfeiler unserer Gesellschaft zur Disposition: Gilt die Religionsfreiheit (Art. 4, §1 und §2 GG) nicht (mehr) für Muslime? Wie sieht es aus mit dem Gleichheitsgrundsatz (Art. 3, § 1 und §3 GG)?

Die Linien der Entrüstungs-, Angst- und Kulturkampfdebatten (Parallelgesellschaft etc.) lassen sich auch anders interpretieren: Es geht hier im Kern um Macht und den Zugang zu sozialem Status und Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums. Der Mehrheitsgesellschaft, die sich daran



gewöhnt hat, die Eingewanderten und deren Nachkommen auszugrenzen oder zu ignorieren sowie sie von den politischen Entscheidungsprozessen weitgehend auszuschließen, schwimmen die Fälle weg! Die Art und Weise der derzeitigen Integrationsdiskussion – die 'Leitkultur-Deutschen' als Richter und Ankläger sind omnipräsent, die Sichtweise der Angeklagten ist medial fast gar nicht vertreten – wirkt zunehmend befremdlich. Dies kann jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass die Zeiten der einseitigen Stigmatisierung und Definitionsmacht der Mehrheitsgesellschaft gegenüber den Eingewanderten und ihrer Kindeskiner nicht mehr aufrecht zu erhalten sind und entfremdend wirken.

Es ist höchste Zeit, eine ernsthafte Debatte um gesellschaftliche Integration – nicht nur eingeeengt auf Menschen mit Migrationshintergrund – und Werte sowie pluralistische demokratische Prinzipien zu führen. Scheindebatten, in denen sich Protagonisten der Mehrheitsgesellschaft als Opfer, Wohltäter und gleichsam Richter und Ankläger aufspielen und implizit fordern, wichtige Pfeiler unseres Grundgesetzes über Bord zu werfen, sind nicht zielführend und gefährden die Demokratie.

In welcher Gesellschaft möchten wir leben?

Es gibt keine demokratische Alternative zu der faktischen interkulturellen Gesellschaft in Deutschland. Es ist an der Zeit, strukturellen Diskriminierungen und dem (schüren des ohnehin) veritablen Alltagsrassismus aktiv entgegenzutreten und die freiheitliche und pluralistische demokratische Grundordnung zu verteidigen. Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Sarrazins und Seehofers, die auf der rassistischen Klaviatur spielen, weiter polarisieren und mit ihrer Rhetorik ein vermeintliches 'Wir' gegen die 'Anderen' aufbauen.

Die rassistischen Ausgrenzungs- und Stigmatisierungsstrategien in der sogenannten Integrationsdebatte müssen als das entlarvt werden, was sie sind: Ablenkungsmanöver mit dem bewährten Mittel des Sündenbockprinzips für verfehlte Regierungspolitik, die Folgen der Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums von unten nach oben und die Brandrodung an den Sozial- und Bildungssystemen.

Deutschland ist aufgrund der demographischen Lage auf Einwanderung dringend angewiesen. Das ist weder neu, noch bestreitbar. Wir müssen jedoch Tendenzen entgegen treten, die Einwanderung auf rein ökonomische Nützlichkeitskalküle reduzieren möchten!

Eine ehrlich geführte Integrationsdebatte müsste mit der Anerkennung von Jahrzehnte langen Versäumnissen verfehlter Integrationspolitik beginnen sowie der Erkenntnis, dass Forderungen nach 'Integration' in Richtung der Eingewanderten nur dann Sinn machen, wenn die ausgrenzenden gesellschaftlichen Mechanismen weiter abgebaut werden. Integration ist keine Einbahnstrasse! Nicht zuletzt sollte die Tatsache endlich anerkannt werden, dass Deutschland lange nicht mehr nur die Heimat von 'ethnisch Deutschen' ist (war sie übrigens noch nie!), die alleine definieren können, was und wohin 'integriert' werden sollte.

Wenn die ethnisierende Brille, mit der derzeit die Integrationsdebatte geführt wird, endlich abgelegt wird, wird der Blick darauf frei, zu erkennen, dass das Thema Integration viel mehr mit verfehlter Sozial- und Bildungspolitik zu tun hat als mit ethnischer Herkunft oder religiösen Bekenntnissen!

Wir leben in einer hochdifferenzierten, freiheitlichen und pluralistischen Demokratie. Wir fordern,



dass diese Tatsache endlich anerkannt wird. Wir fordern damit das Recht auf Differenz ein. Wir lehnen gesellschaftspolitische Vorstellungen ab, die gesellschaftlichen Pluralismus abschaffen wollen und uns eine homogene Gesellschaft als Idealbild vorgaukeln – eine homogene Gesellschaft und Kultur ist übrigens schon ein Widerspruch in sich. Die Integrationsdebatte so wie sie geführt wird, ist ein rassistischer Diskurs, gegen den alle demokratischen Kräfte in der Gesellschaft kämpfen müssen, wenn wir die in unserem Grundgesetz verankerten Rechte in Gesetz und gesellschaftlicher Praxis weiter umsetzen und vor allem das bereits Erreichte nicht verlieren wollen!

Anmerkungen:

- (1) Die Zahlen sind aus dem 8. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland vom Juni 2010 entnommen.
- (2) Der Begriff wurde 2005 mit dem Mikrozensusgesetz eingeführt und bezeichnet Personen, die seit 1950 zugewandert sind sowie deren Nachkommen.
- (3) Dieser Begriff ersetzt Begriffe wie 'Ausländer', nicht-deutsche 'Mitbürger' etc. Wenn ein Mensch in Deutschland als jemand mit 'Migrationshintergrund' bezeichnet wird, gleicht es einem Stigma – hört sich nach Problemen an; auf jeden Fall haben solche Menschen irgendwelche Defizite und müssen potentiell 'integriert' werden. Viele Eltern schicken ihre Sprösslinge z.B. ungerne auf Schulen, an denen viele Menschen einen 'Migrationshintergrund' haben. 'Mensch mit Migrationshintergrund' umfasst als Kategorie sehr viele unterschiedliche Menschen, auch solche die selbst nicht migriert sind, aber durch ihre Eltern oder Großeltern diesen 'Hintergrund' haben. Welche Aussagekraft also der Begriff hat oder haben soll ist damit unklar.
- (4) Wir bevorzugen den Begriff interkulturell, weil multikulturell das Nebeneinander in sich abgeschlossener Kulturen impliziert.
- (5) Rassismus begründet im Kern mit 'biologischen' Argumenten nicht nur eine Unterschiedlichkeit von Menschen-'rassen', sondern ordnet diesen auch unterschiedliche Fähig- und Fertigkeiten sowie Potentiale/Intelligenz zu, aus denen eine Höher- und Niedrigwertigkeit von 'Rassen' abgeleitet werden. Kultureller Rassismus bedeutet, dass rassistische Argumentationsmuster nicht mehr 'biologisch', sondern vornehmlich 'kulturell' begründet werden. Denn biologische Begründungen sind nach der Nazi-Zeit aus der Mode gekommen. Die Begründungen von 'wesensartiger Andersheit' haben sich also von der biologischen auf die vermeintlich unverfänglichere kulturelle Ebene verlagert. Der Begriff Kultur wird in diesem Zusammenhang als etwas unveränderlich-wesenhaftes vorgestellt. Es gibt also keine Rassen, aber 'Kulturkreise'. Ähnlich wie beim Begriff 'Rasse' wird der Begriff 'Kultur' dabei als eine homogene 'Wesens'-Einheit gedacht, die den einzelnen Menschen aus einem bestimmten 'Kulturkreis' innewohnen. Also: Kommst du aus einem anderen 'Kulturkreis', hast du eine andere 'Kultur', die dir innewohnt und kannst dich deshalb nicht in Deutschland 'integrieren'. Als rassistisch lassen sich Ideologien bezeichnen, die eine Ungleichwertigkeit von verschiedenen Menschengruppen postulieren.